



# Presseinformation

Wiesbaden, 12. November 2009

## Hessen möchte einem Ausbruch der Schweinepest vorbeugen

### Umweltstaatssekretär Seif fordert Hessische Jäger auf Wildschweine einschneidend zu bejagen!

Nachdem am Freitag bekannt wurde, dass in Rösrath in Nordrhein-Westfalen bei einem Wildschweinfrischling die Schweinepest festgestellt wurde, warnt das Hessische Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz vor der Gefahr der Einschleppung dieser Viruserkrankung nach Hessen. Rösrath ist nur ca. 70 km von der hessischen Landesgrenze entfernt. Angrenzende hessische Landkreise sind der Lahn-Dill-Kreis, der Kreis Limburg-Weilburg und Teile des Rheingau-Taunus-Kreises.

„Der Übergriff der Schweinepest auf Wildschweine in Hessens Reviere muss unbedingt verhindert werden“, so Umweltstaatssekretär Seif.

Die Erfahrungen in anderen Bundesländern, die von der Schweinepest in Wildschweinpopulationen betroffen waren, haben gezeigt, dass es von elementarer Wichtigkeit ist, die Schwarzwildbestände bereits vor Eintritt eines Seuchenfalles drastisch zu reduzieren.

Insbesondere im Jungtierbereich sind starke Eingriffe notwendig, da diese Altersklasse zu den Hauptüberträgern der Schweinepest gehört.

Das Schweinepestvirus ist für den Menschen völlig ungefährlich, jedoch für die Schwarzkittel hoch ansteckend. Um eine Ausbreitung der Krankheit innerhalb der Wildschweinpopulation und eine mögliche Übertragung von den Wildschweinen auf Hausschweine zu verhindern, sollten von Jägern und Landwirten folgende Vorsichtsmaßnahmen beachtet werden:

- Keine Mitnahme von Wildbret oder unbehandelten Trophäen aus von der Schweinepest betroffenen Gebieten.

- Keine Beschickung von Luderplätzen mit Aufbruch, Schwarten oder Knochen von Schwarzwild. Diese Teile müssen sicher beseitigt werden.
- Auf die sichere Beseitigung der Abfälle insbesondere von Rast-, Park- und Campingplätzen in den Revieren ist zu achten. Es muss sichergestellt sein, dass Schwarzwild keinen Zugang zu Lebensmitteln erhält.
- Kein Verbringen von Wildbret oder sonstigen Teilen von Schwarzwild in schweinehaltende Betriebe.
- Allgemeine Hygienemaßnahmen: z.B. sollten Jäger und sonstige an der Jagd auf Schwarzwild beteiligte Personen schweinehaltende Betriebe nicht in derselben Kleidung und demselben Schuhwerk betreten, die bei der Jagd auf Schwarzwild getragen wurde.
- Jeder Fund von gefallenem Schwarzwild sollte dem zuständigen Veterinäramt gemeldet werden. Dieses entscheidet dann, ob das Stück einer Untersuchung auf Schweinepest zugeführt werden muss.
- Die Halter von Hausschweinen dürfen keinesfalls Futter herumliegen lassen, das Wildschweine anlocken kann.
- Alle Schweinehalter, insbesondere in den genannten Landkreisen werden ausdrücklich aufgefordert, auf strengste Hygienemaßnahmen zu achten und den Personenzugang zu ihren Tieren auf das notwendigste einzuschränken. In diesem Zusammenhang wird nochmals darauf hingewiesen, dass jeder Schweinehalter, also auch die Halter von "Hobbytieren" wie Minipigs und Hängebauchschweinen, verpflichtet ist, seine Tiere beim Veterinäramt zu melden.

Weitere Informationen können bei den Veterinärämtern eingeholt werden, ein Verzeichnis der zuständigen Behörden befindet sich auf der Homepage des Hessischen Ministerium für Umweltschutz, ländlichen Raum und Verbraucherschutz ([www.hmulv.hessen.de](http://www.hmulv.hessen.de)) unter der Rubrik Verbraucherschutz - Lebensmittelüberwachung.

Die derzeitige Witterung gilt es für die Bejagung der Wildschweine zu nutzen – die Tiere ziehen auf der Nahrungssuche jetzt vermehrt durch die Wälder. Auch die verbesserten Lichtverhältnisse durch den Vollmond und den Schnee kommen einer Bejagung in den Dämmerungsstunden entgegen.

Im Jahr 2002 drohte letztmalige die Schweinepest auf Hessen überzugreifen. Dass sie nicht ausgebrochen ist, wird auch auf die intensiven Bejagungsmaßnahmen zurückgeführt. „Derzeit besteht für Hessen durch die Schweinepest noch keine akute Bedrohung. Damit dies auch so bleibt, appelliere ich an Hessens Jäger, die in diesem Jahr bereits intensiv ausgeübte Schwarzwildjagd weiter fortzusetzen.“, so Umweltstaatssekretär Seif abschließend.